



hell, aber die Neuordnung im preussischen Unterrichtsministerium. Unser Genosse Adolf Hoffmann wird von ihm als „Adolf der Einseitige“ bezeichnet und dem Minister dankend ausgesprochen dafür: einmal, daß er dem Trängen der sozialistischen Studentenparteien nach Revolution der Hochschulen nicht nachgegeben, und zum anderen, daß er die Berufung Weders zum Unterstaatssekretär erwirkt hat. Ihm bedeutet die Ernennung des bisherigen Personalreferenten für die Universitäten Professor Dr. Weder eine Erlösung aus schweren Sorgen, und er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß an leitender Stelle unseres preussischen Unterrichtsministeriums ein Mann steht, der den Aufbau unserer Kulturpolitik als Akademiker im akademischen Geiste leiten wird. Was Herr Dr. Winkler sich unter „akademischem Geiste“ denkt, hat er und vorher verraten in den blühigen Stellen, die er über „Die Lehrer auf den preussischen Hochschulen“ geschrieben hat. Er bescheidet sich dort, daß der Ministerpräsident Girsch in seiner Eröffnungsrede vor der preussischen Landesversammlung bei dem kurzen, aus Gemeinplätzen bestehenden Hochschulprogramm die Forderung nach Zulassung der Volkshochschulen zum Hochschulstudium betonte und erklärte, daß „von heute ab“ (diese Anführungsstriche stehen im Original) sämtliche Lehrer an den preussischen Hochschulen zum Studium zugelassen seien. In welchem Sinne er die Hochschulreform aufsaßt, dürfte sich wohl jedenfalls aus seiner völlig ablehnenden Stellung zur Zulassung der Volkshochschulen zur Hochschule ergeben.

Neben diesen beiden Herren ist als Mitarbeiter der „Akademischen Rundschau“ noch Herr Dr. Köster zu nennen, der sich im Studentenrat der Berliner Universität so „bewährt“ hatte, daß selbst die „Deutsche Gruppe für soziale Hochschularbeit“, die etwa die eine Hälfte der reaktionären Studenten umfaßt, darauf verzichtete, ihn bei den Wahlen zum Studentenparlament auf ihre Liste zu setzen, und der sonst neuerdings den Ehrgeiz hat, als „Volkswissenschaftler“ im Gefolge des Herrn Dr. Stabler sich in der bürgerlichen Welt einen Namen zu machen. Die „politische Neutralität“ dieser Herren dürfte damit genügend gekennzeichnet sein.

In Fragen der Hochschulpolitik suchen sie in ihrer Zeitschrift den Anschein zu erwecken, als könne man die Frage der Akademiker außerhalb des Zusammenhanges mit der übrigen Neuordnung in Deutschland gelöst werden, und als könne man auch eine wirkliche Hochschulreform ohne engen Zusammenhang mit der übrigen Schulreform durchführen, d. h. also, sie meinen, daß die Errichtung einer Schulorganisation, wie sie sie für erstrebenswert halten, den Klassencharakter der heutigen Hochschule unverändert lassen würde, — und scheinen zu erwarten, daß das von Herrn Gänisch geleitete Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ihren Wünschen entsprechend handeln werde. Gefährlich für die sozialistische Akademikerbewegung jedoch werden sie dadurch, daß sie sich als Hüter akademischer Standesinteressen aufspielen. Angeblich werden diese wahrgenommen durch den Zusammenschluß der Akademiker in Berufsorganisationen, etwa „Akademikerverbänden“, die dann in die Politik eingreifen sollen, und zwar in antisozialistischem Sinne.

Sie bemühen sich den Schein zu erwecken, als seien sie die wahren Vertreter der Interessen der Akademiker. Wie wenig ernst es ihnen damit ist, zeigt aber z. B. ein Beitrag von Professor Desoix in Nummer 1 über die Reform des Lehrkörpers der Universität. Kein Wort findet sich darin von Mitwirkung der Studentenschaft bei der Berufung von Hochschuldozenten, kein Wort von ihrer Mitwirkung im Senat bei der Wahl der Dekane, des Rektors usw.

Diese Beispiele mögen genügen, um klar und deutlich zu zeigen, wie hier eine Bewegung ins Werk gesetzt ist, die darauf abzielt, unter dem Vorwande von Standesinteressen möglichst alle Akademiker ausnahmslos in eine antisozialistische bürgerlich-reaktionäre Richtung hineinzudrängen, Organisationen in diesem Sinne zu schaffen und so der sozialistischen Akademikerbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Demgegenüber gibt es nur eine Parole für die sozialistischen Akademiker und Geistesarbeiter: Schlicht Euch ohne Unterschied der Richtung, ob S. P. D. oder U. S. P. D.

oder S. P. D. in Kampforganisationen zusammen — denn der Feind steht rechts — und erhebt Eure Stimme in der Despotieform im Sinne einer ehrlichen wirklichen Hochschulreform, im Sinne einer wahren, großzügigen Regelung der Akademikerfragen im Zusammenhang mit der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der übrigen zweifelhafte Spiegelreflexionen den Anschein zu erwecken sucht, als wolle und könne die Akademikerfrage als eine besondere ohne jeden Zusammenhang mit denen, die die Gesamtheit des von der Massenbewegung betroffenen Volkes angeht, gelöst werden. Denn diese Bestrebungen können in Wirklichkeit nur erreichen, daß der geistige Arbeiter mehr noch als bisher zum bestenfalls gut bezahlten Sklaven des Kapitals und seiner Vorposten wird. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft kann auch dem Akademiker wahrhaftige materielle Sicherheit und wahrhaftige Unabhängigkeit des Geistes gesichert werden.

## Phantasie und Wirklichkeit. Die Generalversammlung der S. P. D.

In unserer Abendausgabe vom Donnerstag veröffentlichten wir einen Bericht über die Generalversammlung der S. P. D., dessen Unterlagen wir dem „Vorwärts“ entnommen hatten. Mit wieviel Phantasie dieser Bericht abgefaßt war und wie der Verlauf der Versammlung sich in Wirklichkeit gestaltete, zeigt der Bericht eines Teilnehmers an der Generalversammlung, den die „Freie Zeitung“ veröffentlicht. Wir entnehmen diesem Bericht die folgenden Stellen:

Die Berliner Parteioffiziere hielt am 20. August im ehemaligen Herrenhaus ihre Generalversammlung ab. Große Hoffnungen — vielleicht für sehr viele Parteigenossen die letzten! — wurden an sie geknüpft. Nicht des trodenen Geschäftsberichts wegen. Nein, Arbeit und Wahrheit wollte man haben, Klarheit über alles das, was als langsam freigesetzt ist in den Betrieben eingeschoben wird, was die Unabhängigen und Kommunisten und allerorts zuzunehmen und seit den Berliner Stadtverordnetenwahlen als unumstößliche Tatsache verbreitet wird — ihr seid im Besitz. Wahrheit über die offizielle Parteipolitik; Wahrheit über Rolle und seine Genossen in der Regierung. Ein innerlich wahrhaftiges Programm wollten wir sehen für unsere Zukunftsaufgaben. Beraten und kämpfen wollten wir für all das, was uns als Delegierten aufgetragen war für den ausbauenden Sozialismus. Und wir fanden nichts als die allbekannte parteibürokratische Regiererei. Die Opposition setzte dann auch sofort ein. Ein Geschäftsordnungsantrag verlangte sofort: die vorgesehene politische Aussprache an erste Stelle zu setzen, um nicht nach allbekanntem Manier „wegen vorgerückter Stunde“ die Debatte adressieren zu lassen. Gen. Nebeling begründete den Antrag. Da hatten wir das alle Lied in neuer Auflage. Der Referent konnte nicht erscheinen und — die politische Lage war dem Vorstand doch so nebensächlich, daß man nicht einmal es der Mühe wert gehalten, Ersatz zu schaffen. . . .

Man wundert sich nur noch über die unerschrockene Vogelstraußpolitik, die getrieben wird. Die „geistige Armut“ des „Vorwärts“ war Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen in fast allen Abteilungen. Kein Parteigenosse will mehr mit dieser Armut hausieren gehen, und so muß denn auch allmählich in den höheren Regionen ein Licht aufgehen. Wer denkt nicht zurück an die alten Zeiten, wo wir uns darum rissen, Vortragsgegenstände für den „Vorwärts“ zu liefern. Die Proletariatskämpfer stehen Bewehr bei Fuß und der „Vorwärts“ — geht rapid zurück. Die Berichterstatter sprechen immer noch von dem glänzenden Aufschwung — mit Mühenbedeutung nur bis März 1919. Was in der näheren Vergangenheit liegt, deckt ein — offenes Geheimnis. Der neugierige Bächel will Zahlen haben. Gleich setzt die Reaktion ein zur Behütung des Geheimnisses. Man beschuldigt gleich; intrigier; „An den Zahlen haben nur die Unabhängigen ein Interesse“ oder die „Freie Zeitung“, aus der kontinentalpolitischen Ecke.

Gemach — Ihr naiven Deutschen! Ein Bankrott, der sich nach außen hin den Anschein eines Millionenreichtums gibt, handelt ebenso. Und diese Bankrottopolitik machen wir nicht mit. Warum sagt man nicht, daß der „Vorwärts“ noch dem in alle Winde hinausposaunten Aufschwung sehr sozialistischen Schiffbruch erlitten, daß er in den letzten paar

Monaten über zweihunderttausend Abonnenten verloren und knapp an die Hunderttausend herangeht? Das sind Hunderttausend, die sicher doch schon wieder weniger geworden! Am 4. März hat der „Vorwärts“ 700 000 Auflage gehabt! . . .

Gen. Bächel stellte die Anfrage: ob dem Vorstand bekannt sei, daß Koske kurz vor dem traurigen 21. Juli bei dem Parteivorstand angefragt habe, ob es erwünscht wäre, die Demonstration der Unabhängigen zu verbieten. Der Vorsitzende, Schlegel, suchte diese Anfrage durch Winkelzüge und beleidigende Beschwichtigungen in Mißkredit zu bringen und botte auch den zweifelhaften Erfolg, die Parteivorsitzenden auf den Plan zu rufen, jedes mußte er sich eine scharfe Abweisung holen und es gelang dem in die Krügerische Regiererei eingeschalteten Schlegel noch einmal, bei dem Bäckischen Antrag durch unparlamentarische Ausbeulung — Schlegel sprach sich sehr abbrechend über das parlamentarische in den Arbeiterorganisationen aus, dem er sehr angehört — einen Antrag zu Fall zu bringen, welcher nichts mehr forderte, als die Veröffentlichung von Akten des Parteivorstandes über ein Friedensangebot durch Kerenz im Jahre 1917.

So sieht es also in Wirklichkeit in der S. P. D. aus. Wir wollen nur noch hervorheben, daß es außerordentlich bezeichnend ist, daß das Verbot der Versammlungen der U. S. P. am 21. Juli in Einverständnis mit dem Parteivorstand der Rechtssozialisten erfolgt ist. Die Internationale Konferenz in Luzern hat also auch ohne Kenntnis dieser Dinge Herrn Welz richtig eingeschätzt.

## Ein neuer Triumph der Monarchisten.

Vor einigen Tagen konnten wir berichten, daß der Major Lange von seiner Tätigkeit im Republikanischen Führerband gemahngelt wurde. Weder Herr Koske noch die Regierung hat sich bisher zu dieser ungeheuerlichen Tatsache geäußert. Es scheint demnach ganz in der Ordnung zu sein, wenn ein Mann, der sich zur republikanischen Staatsform bekennt, dafür bestraft wird, während die monarchistischen Kreise in der Reichswehr, die sich als offene Feinde dieser Staatsform bekennen, nach Belieben schalten und walten können. Dem ersten Strich ist Nummer der zweite gefolgt. Der alte Hauptmann Gscheid, ebenfalls leitendes Mitglied des Republikanischen Führerbandes, ist von seinem reaktionären Vorgesetzten, einem Major Vogelschütz, zu einer anderen Formation abgekommandiert worden, obwohl Hauptmann Gscheid das volle Vertrauen der Monarchisten genos, die wegen der Mordregulierung ihres Vorgesetzten sehr in eine sehr große Erregung geraten sind.

Der Fall bekommt eine besondere Bedeutung dadurch, daß Major Vogelschütz eine offene Propaganda für die Wiederherstellung der Monarchie betreibt. Er ist ein verlässlicher Feind der Republik und ihrer Einrichtungen und hat erst letzten die verfassunggebende Nationalversammlung ganz offen als einen Sanktall bezeichnet. Der republikanische Hauptmann Gscheid war ihm wegen des Einflusses, den dieser auf die Monarchisten ausübte, ein Dorn im Auge und er schmiß ihn deshalb aus der Truppe heraus.

Uns wundern derartige Vorkommnisse nicht. Die monarchistischen Offiziere, die zu 90 Prozent bei der Reichswehr verbleiben, fassen sich fast genug, andere zu terrorisieren. Sie können damit weder bei Koske noch bei der Regierung auf Widerstand und können sich daher eine Herausforderung nach der anderen erlauben.

## Die im Flugzeug erlittenen Unfälle.

T. N. Stockholm, 23. August.  
Die amtliche Untersuchung der bei Zellburg von einem deutschen Flugzeug abgeworfenen Pakete, deren Inhalt Schwund und Versäumnis des Erlässens von Albanien sein sollten, ist nun nach „Zusammenfassung“ abgeschlossen. Es hat sich herausgestellt, daß die Pakete eine Anzahl kleinerer Pakete enthielten, die mit verschiedenen Siegeln versehen waren und verschiedenen Besitzern zählten. Der Häuf von Albanien ist danach zur Eigentümer von etwa mehr als einem Viertel der Gegenstände. Genauere Angaben über die anderen, aber konnte das Blatt nicht erhalten, es sei aber anzunehmen, daß mehrere ehemalige Fürsten dabei interessiert seien. Der Wert wird jetzt auf sechs Millionen Kronen bestimmt. Die Schwundfachen bestehen hauptsächlich aus Diamanten, Brillen,

## Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung.

Von Dr. med. Ludwig Voss-Jens.

Wehr denn je beschäftigt sich die Allgemeinheit mit der Frage der Geschlechtskrankheiten, wo man hinsieht und hinsieht, überall gibt es Aufklärung. Die Gesundheitsvereine veröffentlichen zahlreiche Broschüren, die Behörden warnen an den Anschlagplätzen, es regnet Vorträge und Aufklärungsfilme. Aus alledem erntet man die Rate, daß die Geschlechtskrankheiten doch häufiger sein müssen als er acht, und in der Tat hat die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten einen Umfang angenommen, von dem sich auch der „Aufgeklärte“ keine Vorstellung machen kann. Dazu kommt noch, daß die Geschlechtskrankheiten, die in den früheren Jahren, zwar in keiner Weise ausbleiben, aber doch häufiger Krankheiten der Unsoliden und Reichtumslosen waren, jetzt durch den Krieg auch in die einkommensschwachen Volksschichten gedrungen sind. Für diese Tatsache scheinen nur außer der zweifelhafte Vermittler der Eitelkeit zwei Punkte besonders ausschlaggebend zu sein. Erstens war die lange Trennung durch den unglücklichen Kriegsdienst für viele Eheleute ein vermehrter Anlaß zu ehelicher Untreue, und zweitens haben sich die Fälle bedeutend vermehrt, wo die Geschlechtskrankheiten nicht wie gewöhnlich, sondern schon durch äußere Momente, wie Übertragung ein und derselben Trinkgefäße, derselben Wäsche usw. übertragen worden sind.

Wie dem auch sei, die Verwüstungen, die diese Krankheiten anrichten, sind schrecklich und einige wenige Zahlen mögen den Ernst der Situation bezeugen: In dem Reich leben nach zuverlässiger Schätzung an einem einzigen Tage gegen 140 000 Menschen einer Geschlechtskrankheit wegen in Behandlung, von denen wiederum circa 100 000 an Tripper, 22 000 an welchem Schanker und circa 18 000 an Syphilis leiden. In diesen Zahlen, die zum Teil der Statistik des verstorbenen Prof. Reiffers entnommen und ausführlicher mit einer Beschreibung der Krankheiten in dem von mir herausgegebenen Büchlein „Wie schütze ich mich vor Geschlechtskrankheiten?“ behandelt sind, die Soldaten mit etwa 4 Prozent, Arbeiter mit 8 Prozent, Kleinrentner und Studenten mit 25 Prozent, Kaufleute mit 16 Prozent betreffen. In Berlin speziell (hier haben die Geschlechtskrankheiten nach dem Erstein etwa 80 Prozent zugenommen) leben circa 43 Prozent aller Männer bis zum 50. Lebensjahre an

Syphilis. Von den Prostituierten sind etwa 60 Prozent latent krank, das heißt krank aber nicht ansteckend. 20 Prozent sind akut krank, das heißt hochgradig ansteckend. So viel über die Verbreitung. Was das aber heißt, welche schwerwiegenden Folgen diese Krankheiten mit sich bringen (ganz abgesehen von den tausend und abertausend leichten Fällen, die aber auch immerhin wochenlanges Krankenlager, Schmerzen und Arbeitsunfähigkeit bedingen können, das mögen folgende Zahlen zeigen: In ca. 70 Prozent der Kinderlosen Ehen ist die Ursache in einer, wenn auch abgeheilten Trippererkrankung der Ehelichen zu finden. In den Mühenanstalten Deutschlands sind ca. 25 Prozent der Insassen an den Folgen eines Augentripplers erblindet. Von 100 Totgeburtigen sind ca. 25 in schwerer Blindheit. Von 3 Prozent aller Syphilitiker erkranken an Rückenmarkschwindsucht, etwa 3 Prozent an Gehirnverwundung.

Diese Beispiele, die sich nach Belieben vermehren lassen, zeigen, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Da man die Ursachen, auf die ich anfangs hingewiesen habe, besonders die Eitelkeit, auch durch noch so gutgemeinte Verordnungen nicht wird eindämmen können, müssen andere Wege beschritten werden.

Als einzelne gehende Auffklärung, eine neue Regelung der Prostitution, und noch viele andere Momente bedürfen unbedingt besonderer Fürsorge. Ein weiterer Punkt von besonders sozialistischem Interesse ist die Neuregelung der ärztlichen Versorgung, die von ganz anderem Standpunkt wie bisher vorgenommen werden muß. Gerade bei den Geschlechtskrankheiten ist eine möglichst rasche Verneinung der Infektionsmöglichkeit, sowie der Versuch einer völligen Ausheilung zu fördern, und gerade hierin liegen bei dem jetzigen System der ärztlichen Tätigkeit die Dinge sehr im argen. Die Verwässerung ist, soweit sie nicht in der Lage ist, sich privat behandeln zu lassen, auf die Behandlung in Polikliniken und auf Kostenbehandlung angewiesen. Diese Institute sind, das ist meine auf länger Erfahrung beruhende Anschauung, in dem jetzt bestehenden Umfang nicht im geringsten den an sie herantrübenden Forderungen gewachsen; das soll nun absolut keinen Vorwurf bedeuten, denn der Dienst in solchen Polikliniken wird von den Ärzten fast stets in der aufopferlichsten Weise verrichtet. Aber ein Punkt ist es, der selbst den allerbesten Willen der Ärzte zuspanden macht, und der heißt: Ueberfüllung.

Da die Polikliniken bisher nur in ganz geringer Zahl vorhanden sind, und die Zahl der Hilfesuchenden beständig wächst, es unabweislich, daß sich ganz von selbst alles auf Massenbetrieb einstellt. Das braucht an sich noch kein Fehler zu sein, aber die Tatsache lehren, daß es nicht genügt, den Geschlechtskrankten Menschen die und die Lösung oder die und die Sache besonders schreiben, diese drei Krankheiten müssen auch ganz besonders physisch beeinflusst werden. Es muß den Kranken immer wieder namenhaft Unheil anrichten können, daß sie gesund werden, aber dazu nicht ausreicht, daß sie sich selbst für gesund halten, sondern daß der Arzt das bestätigt; denn ein, zwei, drei, vier kann sich die Menschen nicht leichtfertig genug vorstellen, Patienten, denen man bei der ersten Konsultation die Schwere ihrer Krankheit klar gemacht hat, und die hoch und heilig gelassen, alles zu ihrer Genesung zu tun — was machen wohl an 90 Prozent von ihnen? Kaum sind die ersten Symptome vorbei, gleich haben sie sich für gesund, stellen die Behandlung ein, und helfen andere Menschen an.

Noch schlimmer ist es in den Massensprechstunden. Und einseitiger Interessenspolitik stellen die Massen viel zu wenig Ratgeber an, so daß auch bei diesen eine ungeheure Anzahl von Patienten eintritt. Außerdem begehren sie ihre Ärzte für die oft nur 20 Pf. für die ganze Behandlung inkl. evtl. Schwere für den Verlauf eines ganzen Monats). So daß der Arzt auch hier, um überhaupt leben zu können, gezwungen ist, recht viele Patienten in einer Stunde abzufertigen. Diese Massenbetriebe, dem ich die Hauptschuld an der Mangelhaftigkeit der Erfassung der Geschlechtskrankheiten gebe, kann aber nur abgeholfen werden, wenn eine gleichmäßige Verteilung der Patienten sich erreichen läßt, und ferner, wenn die einzelnen Ärzte so geholt werden, daß sie nicht gezwungen sind, den Anforderungen ihrer Praxis ihren materiellen Bedürfnissen anzupassen. Diese Forderungen sind aber rechtlos nur erfüllbar, wenn das gesamte ärztliche Personal (darunter der Arzt) der Regierung überstellt wird, damit wird ohne weiteres eine gleichmäßige Verteilung der Patienten erreicht, und somit einem Massenbetriebe entgegen gearbeitet.

Wenn jeder Mensch, ob arm oder reich, den ihm künftigen Arzt aussuchen kann, dann wird es nicht vorkommen, daß er sich nicht behandeln lassen, weil ein Massenbetrieb ihnen zu teuer zuzählt, oder weil sie kein Geld haben, sich behandeln zu lassen.



